## Die Konjunktur verläuft anders als erwartet

Umdenken ist notwendig

I

Immer wieder findet man in konjunkturpolitischen Kommentaren die Auffassung, daß der Konjunkturaufschwung mit überdurchschnittlichen Preissteigerungen verbunden sein muß. Demgemäß erwartet man regelmäßig in konjunkturschwächeren Phasen einen Abbau dieser Preiserhöhungen. Diese aus dem vorigen Jahrhundert stammende Vorstellung ist so fest verankert, daß bei einem Ausbleiben der erwarteten Preissteigerungen der Konjunkturaufschwung bis zuletzt geleugnet wird und stabilisierende Maßnahmen, wenn überhaupt, dann erst viel zu spät eingeleitet werden. Umgekehrt wird aber auch der Konjunkturabschwung gewöhnlich in den ersten Jahren nicht zur Kenntnis genommen, weil eben die erwarteten Preissenkungen ausbleiben; denn als Anzeichen ansteigender Konjunktur wird allgemein angesehen:

Steigende Aufträge, eine Erhöhung des Auftragsvolumens und damit zunehmende Kapazitätsauslastung sowie ansteigende Produktion. Ansteigende Preise und eine Erhöhung der Einkommen. Zunehmende Beschäftigung.

Als Anzeichen absinkender Konjunktur wird demgemäß erwartet:

Sinkende Aufträge, ein Zurückbleiben der Aufträge hinter der Produktion und damit sinkende Kapazitätsauslastung sowie absinkende Produktion. Sinkende Preise bzw. eine allgemeine Abschwächung der Einkommensentwicklung. Abnehmende Beschäftigung.

Wenn diese Elemente der Konjunkturentwicklung tatsächlich zusammengehören, dann hat es in der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit allerdings keine Konjunkturschwankungen gegeben. Die Beschäftigung nahm von 1948 an in allen Jahren zu. Das Preisniveau ging mit einer einzigen, eindeutig weltwirtschaftlich bedingten Ausnahme in keinem einzigen Jahr zurück. Produktion und Einkommen stiegen in allen Jahren. Aber diese Steigerungen waren nicht gleichmäßig. Es gab in den verschiedenen Jahren deutlich erkennbare Schwankungen in der Höhe der Zuwachsrate und diese Schwankungen weisen — wenn man die Sondereinflüsse der Kriegsfolgen und des Wiederaufbaues ausklammert — einen auffallend gleichmäßigen Kurvenverlauf auf.

Die Nachkriegskonjunkturen zeigen keine absoluten Rückschläge, sie sind aber an den Abweichungen vom Trend oder von der durchschnittlichen Entwicklungsrate eindeutig zu erkennen. Man kann deshalb auch für die Nachkriegszeit von Konjunkturschwankungen reden, selbst wenn diese Schwankungen gegenüber dem klassischen Konjunkturbild mehrfache Unterschiede aufweisen. So sind z. B. die Konjunkturintervalle in der Nachkriegszeit kürzer als früher. Sie umfaßten bisher jeweils fünf Jahre. Die Aufschwungsperiode dauerte jeweils zwei, die Abschwächungsperiode jeweils drei Jahre. Außerdem fallen die Aufschwungs- und Abschwächungsperioden der verschiedenen Entwicklungsreihen nicht zusammen. Die Entwicklungskurven der Produktion und der Preise, der Löhne und Gehälter schwanken mit einem time lag von ein bis zwei Jahren, so daß bei der Kürze der Gesamtintervalle teilweise direkt gegenläufige Entwicklungen eintraten.

Infolge dieser Differenzierungen fällt die Phase der stärksten Konjunktursteigerung nicht mit der Phase der stärksten Preissteigerung und die Phase der stärksten Gewinnerhöhung nicht mit der Phase der stärksten Lohnerhöhung zusammen. Wir würden die gegenwärtigen Verhältnisse sehr viel leichter erkennen und wir könnten sehr viel präziser auf negative Entwicklungen reagieren, wenn wir uns bewußt würden, daß zwar der klassische Konjunkturablauf zur Zeit nicht vorliegt, daß wir uns aber dennoch mit ernst zu nehmenden Konjunkturschwankungen auseinanderzusetzen haben. Viele unschöne Begleiterscheinungen unserer wirtschaftlichen Expansion, wie z. B. die ständigen Preis-

niveauerhöhungen, dürften nicht zuletzt auf dem Nichtbegreifen der tatsächlichen konjunkturellen Zusammenhänge beruhen.

II

Nehmen wir an, daß die Entwicklung der Gesamtproduktion, gemessen an der jährlichen Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts in gleichbleibenden Preisen, ein ungefähres Spiegelbild der Konjunkturabläufe bietet, so stellen wir fest, daß mit der Wiederaufnahme der deutschen Wirtschaftsstatistik im Jahre 1950 die Zuwachsraten von 11 vH im Jahre 1951 bis auf 8 vH im Jahre 1954 zurückgehen. In den folgenden neun Jahren betrug die durchschnittliche Zuwachsrate rund 7 vH je Jahr. Über diesem Durchschnitt liegen die Jahre 1954 und 1955 mit einem Zuwachs von 8 bzw. 12 vH. Unter diesem Durchschnitt liegen die Jahre 1956 bis 1958 mit einem von 7 auf 9 vH und die Jahre 1961 bis 1963 mit einem von 7 auf 3 vH absinkenden Zuwachs.

Noch ausgeprägter sind die Entwicklungsschwankungen bei der sogenannten Arbeitsproduktivität, die für die Gesamtwirtschaft gewöhnlich am Bruttosozialprodukt in gleichbleibenden Kreisen je Erwerbstätigen gemessen wird. Lassen wir die Jahre 1950 bis 1953, die durch Sonderfaktoren beeinflußt wurden, außer acht, so betrug die durchschnittliche Jahreszuwachsrate dieser sogenannten Arbeitsproduktivität in den letzten neun Jahren 4,6 vH. Über dem Durchschnitt lagen die Jahre 1954 bis 1955 mit einer Steigerung von 5 bzw. 8 vH und die Jahne 1959 bis 1960 mit einer Steigerung von 6 bzw. 7 vH. Unter dem Durchschnitt lagen die Jahre 1956 und 1958 mit einer stetig von 4,2 auf 2,8 vH und die Jahre 1961 bis 1963 mit einer gleichfalls von 4,4 auf 2,8 vH stetig absinkenden Zuwachsrate.

Interessanterweise läßt sich auch bei dieser sogenannten Arbeitsproduktivität entgegen einer weitverbreiteten Auffassung seit 1954 keine trendmäßige Abschwächung feststellen. Im Durchschnitt beider Konjunkturphasen, also von 1954 bis 1958 und 1959 bis 1963 wurde jeweils eine durchschnittliche Jahreszuwachsrate von 4,6 vH erreicht. Diese Zuwachsrate dürfte im wesentlichen einen Reflex des technischen Fortschritts darstellen. Dagegen kennzeichnen die Abweichungen von diesem Durchschnitt vor allem die konjunkturbedingten Unterschiede in der Kapazitätsauslastung unserer Volkswirtschaft. Dies ist u. a. auch ein Grund, warum diese Produktivitätsziffern für sich allein keine Richtgröße für einkommenspolitische Überlegungen darstellen können.

An Hand dieser Entwicklungsschwankungen lassen sich für die Nachkriegszeit drei Zyklen erkennen, von denen der erste von 1948 bis 1953 reichende Zyklus statistisch nur unvollkommen erfaßt ist. Der zweite Zyklus reicht von 1954 bis 1958. Der dritte Zyklus reicht von 1959 bis 1963. Der vierte Zyklus dürfte in diesem Jahr, also 1964, begonnen haben. Jeder der drei abgeschlossenen Zyklen umfaßte genau fünf Jahre.

Nimmt man zur Kennzeichnung der Konjunkturschwankungen die Entwicklungsschwankungen der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, so zeigt sich nach den unterdurchschnittlichen Zuwachsraten der Vorperiode im ersten Jahr ein etwas überdurchschnittlicher Anstieg, der im zweiten Jahr eine nochmalige Erhöhung erfährt. Danach bleiben die Zuwachsraten in den folgenden Jahren unter dem Durchschnitt der Gesamtperiode und sinken von Jahr zu Jahr ab. Wie schon gesagt, betrug die durchschnittliche Jahreszuwachsrate der Arbeitsproduktivität in den beiden letzten Zyklen jeweils 4,6 vH. Die Zuwachsraten der einzelnen Jahre betrugen im Durchschnitt beider Zyklen im 1. Jahr + 5,4 vH, die Abweichung v. Durchschnitt beträgt + 0,8 vH, im 2. Jahr + 7,4 vH, die Abweichung v. Durchschnitt beträgt - 1,8 vH, die Abweichung v. Durchschnitt beträgt - 1,8 vH.

Nimmt man aber zur Kennzeichnung der Konjunkturentwicklung die Entwicklungsschwankungen des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialprodukts mit wechselnder Wägung), so ergibt sich ein völlig anderes Bild. Von 1954 bis 1963 erhöhte sich das Preisniveau in allen Jahren. Der jährliche Preisanstieg betrug im Durchschnitt dieser neun Jahre 2,7 vH. Unter dem Durchschnitt dieser gesamtwirtschaftlichen Preissteigerung lagen aber jeweils die ersten beiden Jahre beider Konjunkturzyklen. Im ersten Jahr beider Zyklen blieben die Preissteigerungen regelmäßig stark hinter dem durchschnittlichen Anstieg zurück, aber auch im zweiten Jahr mit der eigentlichen Boomperiode wurde der durchschnittliche Preisanstieg der Gesamtperiode regelmäßig nicht erreicht. Die Preise schnellten erst im dritten und vierten Jahr, also mit Beginn der Abschwächungsphase, hoch, und selbst im letzten Jahr, in der Zeit der schwächsten Konjunkturentwicklung, lag der durchschnittliche Preisanstieg regelmäßig weit über dem Durchschnitt.

Die Tatsache, daß der Zyklus 1959 bis 1963 einen insgesamt etwas stärkeren Preisanstieg aufwies als der vorangegangene, kann für diese Betrachtung unberücksichtigt bleiben. Im einzelnen erhöhte sich das Preisniveau im Durchschnitt der beiden letzten Zyklen

```
im 1. Jahr + 0,8 vH, die Abweichung v. Durchschnitt beträgt — 1,9 TH, im 2. Jahr + 2,3 vH, die Abweichung v. Durchschnitt beträgt — 0,4 vH, im 3. Jahr + 3,6 vH, die Abweichung v. Durchschnitt beträgt + 0,9 vH, im 4. Jahr + 3,6 TH, die Abweichung v. Durchschnitt beträgt + 0,9 vH, im 5. Jahr + 3,2 vH, die Abweichung v. Durchschnitt beträgt + 0,5 vH.
```

Nur in der Preisentwicklung des letzten Jahres wichen die beiden Zyklen etwas voneinander ab; während der Preisanstieg des Jahres 1958 sogar der größte der Gesamtperiode war, lag er 1963 geringfügig unter dem Durchschnitt der beiden vorangegangenen Jahre.

Generell ist jedoch festzustellen, daß in den bisherigen Konjunkturphasen die Preiskurve der Kurve der Kapazitätsauslastung genau entgegengesetzt verläuft, wenn man die Abweichungen von der durchschnittlichen Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität im Sinn einer Veränderung der Kapazitätsauslastung deutet. Die Preissteigerungen wurden schwächer bei steigender Kapazitätsauslastung und progressiver Nachfragesteigerung und sie wurden stärker mit sinkender Kapazitätsauslastung im Rahmen einer sich relativ abschwächenden Nachfrage. Dieses der klassischen Preislehre widersprechende Phänomen wiederholt sich offensichtlich auch in diesem Jahr. Sicherlich bleiben die Preissteigerungen dieses Jahres hinter dem langfristigen Durchschnitt zurück. Erst im kommenden Jahr werden sie diesen Durchschnitt voraussichtlich erreichen und in den folgenden Jahren übertreffen. Die Tendenz zu einem beschleunigten Preisanstieg wird voraussichtlich erst Ende 1965, also nach der Bundestagswahl, erkennbar werden, wenn die Boomperiode mit Sicherheit überschritten ist.

III

Dieser gegensätzliche Verlauf von Produktivitäts- bzw. Auslastungs- und Preiskurven findet seine Ergänzung in der *Einkommensentwicklung*. Auch die Entwicklung der verschiedenen Einkommensbereiche war nicht einheitlich. Die Entwicklungskurven schwankten in einem gegeneinander um ein Jahr verschobenen Rhythmus. So blieben beispielsweise die Lohnsteigerungen im ersten Jahr jedes Zyklus deutlich hinter dem durchschnittlichen Anstieg der Gesamtperiode zurück, sie überstiegen diesen Durchschnitt im zweiten und noch ausgeprägter im dritten Jahr, um im vierten bzw. im fünften Jahr wieder hinter dem Durchschnitt zurückzubleiben. Dagegen erfuhren die Unternehmer-

## RUDOLF HENSCHEL

einkommen bereits zu Anfang eine kräftige Erhöhung, die je nach der Tiefe der vorausgegangenen Flaute die durchschnittliche Zuwachsrate bereits im ersten Jahr fast erreichen oder sogar überschreiten ließ.

Im zweiten Jahr erreichten die Gewinnsteigerungen regelmäßig ihren Höhepunkt, um bereits vom dritten Jahr an hinter der durchschnittlichen Steigerung der Gesamtperiode zurückzubleiben. Demgemäß waren die Gewinnsteigerungen im ersten und zweiten Jahr des Konjunkturzyklus jeweils beträchtlich größer als die Lohnsteigerungen dieser Zeit, während die Lohnsteigerungen in den letzten Jahren — im letzten Zyklus in allen drei letzten Jahren — größer als die Gewinnsteigerungen waren.

In Verbindung mit der gegenläufigen Produktivitäts- und Preisentwicklung wirken sich diese Unterschiede in der Einkommensentwicklung auf die Kostenstruktur noch drastischer aus. Im Durchschnitt der letzten beiden Zyklen erhöhten sich sowohl die Lohnkosten als auch die Gewinne am preisbereinigten Produktionswert jährlich um 2,7 vH, wenn man den Einfluß der soziologischen Strukturveränderungen ausschaltet, indem man einen Unternehmerlohn in Höhe des durchschnittlichen Lohnsatzes zu den Lohnkosten hinzurechnet. Mit anderen Worten, im Durchschnitt beider Zyklen blieb das Verhältnis zwischen Lohn und Gewinn insgesamt konstant. Innerhalb beider Zyklen traten jedoch auffällig gleichartige Verschiebungen ein.

Im ersten Jahr beider Zyklen sanken die Lohnkosten absolut ab, da der Anstieg der Arbeitsproduktivität größer war als der Anstieg der Löhne. Dagegen stiegen bereits im ersten Jahr die Gewinnspannen kräftig an, da die Unternehmer die Rationalisierungsgewinne nicht in Preissenkungen weitergaben. Diese Entwicklung erklärt u. a. den relativ geringen Preisanstieg zu Anfang beider Zyklen.

Im zweiten Jahr blieb der Anstieg der Lohnkosten noch immer weit unter dem Durchschnitt der Gesamtperiode, während die Gewinnspanne sich weiter stark erhöhte. In beiden Zyklen war im zweiten Jahr die Erhöhung der Gewinnspanne fast viermal so groß wie im Durchschnitt der Gesamtperiode. In der Aufschwungs- und Überhitzungsperiode erhöhte sich demgemäß regelmäßig der Anteil der Gewinne am Gesamtumsatz, während der Anteil der Lohnkosten deutlich zurückging. Im dritten Jahr nach dem Abflauen der Konjunktur bei sinkender Nachfrage auf Grund der inzwischen eingetretenen Diskrepanz zwischen der Kapazitäts- und Nachfrageentwicklung erhöhten sich dagegen bei anhaltenden Lohnsteigerungen regelmäßig die Lohnkosten, deren Anstieg auch in den folgenden Jahren überdurchschnittlich groß blieb. Dagegen bauten sich die Gewinnspannen in den drei Jahren der Abschwächungsperiode wiederum regelmäßig ab, so daß am Ende der Gesamtperiode jeweils die Kostenrelationen wiederhergestellt waren, die zu Anfang des Konjunkturaufschwungs vor der Gewinnübersteigerung bestanden hatte. (Die Abweichungen zwischen den beiden letzten Zyklen, die darin bestanden, daß im Jahr 1958 die Gewinnspanne auch zum Schluß höher war als am Anfang, während sie im Jahr 1963 im gleichen Umfang dahinter zurückblieb, hat diesen generell feststellbaren Trend nur geringfügig modifiziert.)

IV

Es wäre zu gewagt, aus der bisherigen Regelmäßigkeit zweier Zyklen auf eine generelle, sich stets wiederholende Gesetzmäßigkeit zu schließen. Wir müssen aber feststellen, daß auch der jüngste Konjunkturaufschwung dieses Jahres ganz in den Rahmen der bisherigen Entwicklung paßt.

Der Aufschwung dieses Jahres war mit einer gewaltigen und für viele unerwarteten Steigerung der Arbeitsproduktivität verbunden. **Der** Preisanstieg war dagegen bisher schwach und dürfte auch im ganzen Jahr hinter dem Durchschnitt der letzten Jahre

zurückbleiben. Der Anstieg der Löhne war relativ gering, insbesondere blieb die Erhöhung des Tariflohnniveaus im Rahmen der Produktivitätssteigerung. Da der starke Anstieg der Arbeitsproduktivität von seiten der Unternehmen nicht zu Preissenkungen verwendet wurde, sondern diese sogar zusätzliche, wenn auch relativ schwache Preissteigerungen durchsetzten, schnellten die Gewinne schlagartig in die Höhe. Auch die "freiwillig" gewährten Lohnzulagen — die Effektivverdienste stiegen weit rascher als die Tariflöhne — bremsten diese Gewinnsteigerung nicht.

Die Zahlen für das erste Halbjahr 1964 lassen diese Entwicklung eindeutig erkennen und besonders plastisch erscheinen, wenn man sie mit den amtlichen Vorausschätzungen des Wirtschaftsberichtes (Zahlen in der Klammer) vergleicht.

Nach den vorläufigen Berechnungen des DIW stiegen die Nettolöhne um + 9,8 vH. (+5,4 vH.)

die Nettounternehmereinkommen um + 15,4 vH. (+ 6,5 vH.)

das Bruttosozialprodukt in

gleichbleibenden Preisen um + 8.2 vH. (+ 4.5 vH.) das Preisniveau um + 2.0 vH. (+ 1.9 vH.)

Die Gewinnsteigerung eilt also wiederum der Lohnentwicklung, die sich im Rahmen des wirtschaftlichen Wachstums hält, stark voraus. Allein die damit verbundene Diskrepanz in der Nachfrageentwicklung läßt ein Umschlagen des Konjunkturverlaufs in spätestens einem Jahr wahrscheinlich werden, wobei die Lohnsteigerungen dann wieder die Gewinnsteigerungen übertreffen werden. Aus diesem time lag im Rhythmus der einzelnen Entwicklungskurven ergeben sich verschiedenartige Überschneidungen und Gleichzeitigkeiten, die mit den klassischen Vorstellungen und Lehrmeinungen nicht immer übereinstimmen.

Da die Zeiten überdurchschnittlicher Nachfragesteigerung bei steigender Kapazitätsauslastung zugleich Zeiten überdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung und infolge **der** nachhinkenden Lohnentwicklung demgemäß sinkender Kosten waren, fielen überdurchschnittliche Nachfragesteigerungen' mit unterdurchschnittlichen Preissteigerungen zusammen, während selbst unterdurchschnittliche Preissteigerungen noch überdurchschnittliche Gewinnsteigerungen zuließen.

Infolge des time lag der Lohnentwicklung fielen andererseits Zeiten nachlassender Nachfrage, die bei sinkender Kapazitätsauslastung eine unterdurchschnittliche Zunahme der Arbeitsproduktivität aufwiesen, mit überdurchschnittlichen Lohnsteigerungen zusammen. Kostensteigerungen infolge sinkender Kapazitätsauslastung und überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen bewirkten, daß in Zeiten unterdurchschnittlicher Nachfrage wiederum überdurchschnittliche Preissteigerungen auftraten und überdurchschnittliche Preissteigerungen zusammenfielen.

Diese überdurchschnittlichen Preissteigerungen in der Phase der Konjunkturabschwächung können auch als kollektive Abwehrreaktionen der Unternehmen gedeutet werden, die an den im Aufschwung gebildeten Gewinnmargen festhalten möchten, denn die überhöhten Gewinnmargen werden nur soweit abgebaut, wie eine Überwälzung der Kostensteigerung vom Markt verhindert wird. Dabei hat die öffentliche Meinung diese Überwälzung bisher begünstigt. Die Auffassung, daß Lohnsteigerungen, die über die Marge der Produktivitätssteigerung hinausgehen, zwangsläufig zu Preiserhöhungen führen, begünstigt die Überwälzung, da sie einen anerkannten Vorwand für solche Preiserhöhungen liefert und den psychologischen Widerstand lähmt.

Demgemäß waren die Zeiten unterdurchschnittlicher Preissteigerungen zugleich die Zeiten steigender Gewinnanteile, während die Zeiten überdurchschnittlicher Preissteigerungen die Zeiten sinkender Gewinnanteile bzw. steigender Lohnanteile kennzeichnen.

Beachtenswert ist ferner, daß die Konjunktur jeweils nach den Jahren der stärksten Gewinnsteigerung in ihre negative und nach Jahren der schwächsten Gewinnsteigerung in ihre positive Phase umschlug. Das bedeutet, daß den Jahren stärkster Gewinnsteigerung mit höchster Unternehmerliquidität eine plötzliche Investitionsunlust und den Jahren schwächster Gewinnentwicklung bei geringster Liquidität eine ebenso plötzliche "Investitionswut" folgten.

Selbstverständlich ist dieses Zusammentreffen in gewisser Weise zufällig, d. h., es ist nicht unmittelbar, sondern nur durch die Begleitumstände mittelbar bedingt. Hohe Gewinne bedingen nicht an sich niedrige Investitionen wie umgekehrt niedrige Gewinne nicht an sich hohe Investitionen bedingen. Desgleichen bedingen auch überdurchschnittlich hohe Lohnsteigerungen nicht überdurchschnittlich hohe Preissteigerungen, wie unterdurchschnittliche Preissteigerungen nicht zwangsläufig überdurchschnittliche Gewinne bedingen.

Daß dieses aber in bestimmten Konjunkturphasen regelmäßig zusammentraf, ist eben eine Folge der konjunkturellen Zusammenhänge und Begleitumstände.

Die diesen Effekt veranlassenden konjunkturellen Zusammenhänge lassen sich an Hand der bisherigen Entwicklung folgendermaßen deuten:

Ein Konjunkturaufschwung begann regelmäßig, nachdem die Einkommensverzerrungen der vorangegangenen Boomperiode wieder abgebaut waren und sich der Lohnanteil wieder erhöht hatte

Der Aufschwung mündete in eine Überhitzung, nachdem die Unternehmergewinne infolge der nicht weitergegebenen Kostensenkungen überproportional anstiegen. Auch die "Einbehaltung" der Produktivitätsgewinne wurde den deutschen Unternehmern durch die öffentliche Meinung erleichtert, weil man in dieser Periode steigender Nachfrage aus markttheoretischen Überlegungen keine Preissenkungen erwartete.

Diese Übersteigerung der Unternehmereinkommen bewirkte wiederum eine regelmäßige Übersteigerung der Unternehmernachfrage und damit der Investitionstätigkeit. Damit wuchsen die Produktionskapazitäten in dieser Phase rascher als die Gesamtnachfrage, und erst nach Feststellung dieses Tatbestandes ließ die Investitionstätigkeit trotz reicher Finanzierungsmittel, schlagartig nach.

Erst die nachfolgenden und anhaltenden Lohnsteigerungen bauten diesen Kapazitätsüberhang wieder ab, indem sie die Nachfrage allmählich wieder an das vorausgeeilte Kapazitätsvolumen anglichen. Auf diese Weise schufen die überdurchschnittlichen Lohnsteigerungen der Schlußphase die Voraussetzungen für eine neue konjunkturelle Erholung.

Die Lohnentwicklung erreichte diesen Effekt aber nur, weil sie sich nicht an der in dieser Phase unterdurchschnittlichen Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität sondern an der vorausgegangenen überdurchschnittlichen Zuwachsrate der Gewinne orientierte. Ohne diesen Ausgleich hätten die Abschwächungsperioden länger angehalten und dürften in echte Depressionen umgeschlagen sein. Die nachziehenden Lohnsteigerungen der Abschwächungsperiode waren der bisher wichtigste Konjunkturstabilisator. Sie dürften solange notwendig sein, solange die Gewinnübersteigerung in der Aufschwungsphase nicht durch konjunkturpolitische Mittel gedämpft wird. Das bedeutet aber, daß jede Einkommenspolitik, die diese konjunkturellen Zusammenhänge unberücksichtigt läßt, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist oder aber die wirtschaftliche Expansion ernsthaft gefährdet.

Als größtes "Wunder" der deutschen Nachkriegsentwicklung kann demgemäß die Tatsache angesehen werden, daß es den Gewerkschaften immer wieder gelang, die in der Aufschwungs- und Boomperiode eingetretenen Gewinnübersteigerungen in relativ kurzer Zeit so weit abzubauen, daß die wirtschaftliche Expansion nicht gefährdet wurde. Der amtlichen Wirtschaftspolitik muß dagegen bescheinigt werden, daß sie diesen Ausgleichsprozeß nicht unterstützte. Sie bremste weder die Gewinnübersteigerungen im

## DIE KONJUNKTUR VERLÄUFT ANDERS ALS ERWARTET

Aufschwung noch förderte sie den notwendigen Einkommensausgleich in der Abschwächungsphase. Sie konzentrierte sich vielmehr einzig und allein auf eine fortwährende Lohndämpfung, wobei sie ihrerseits den Preisanstieg begünstigte.

Es bleibt nur zu hoffen, daß eine bessere Einsicht in die konjunkturellen Zusammenhänge diese Fehler im Interesse des allgemeinen Wohlstands künftig verhindern hilft, denn es liegt im allgemeinen Interesse und nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer, daß die in den nächsten Jahren notwendige Einkommenskorrektur nicht erneut behindert wird und daß den gewerkschaftlichen Lohnforderungen nach der vorliegenden Gewinnexplosion mehr Verständnis entgegengebracht wird.